

Beilage zu Nummer 165 der Volksstimme.

Samstag den 17. Juli 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 17. Juli 1915.

Zur Frage der Petroleumversorgung.

Durch die Presse ging dieser Tage die Meldung, daß ab 15. Juli Höchstpreise für Petroleum festgesetzt würden. Jetzt wird mitgeteilt, daß diese Maßregel bis zum 1. August hinausgeschoben worden ist, angeblich, weil die Regierung Rücksicht auf die zahlreicheren Kleinbändler nehmen will, die sich nach vorläufiger Höchstpreisverordnung zu erheblichen höheren Preisen für mindestens stark übertrieben. Denn bei dem allgemeinen Petroleummangel glauben wir nicht daran, daß sich ausgerechnet die Kleinbändler mit größeren Mengen Petroleum eingebedeckt haben sollten. Wo sollen sie denn dieses Petroleum herbekommen haben? Wir halten diese Rücksichtnahme der Regierung um deswillen für bedenklich, weil beim Publikum dadurch der Glaube erweckt werden könnte, als sei genügend Petroleum vorhanden, während in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall ist. Auch trotz der Befreiung Galiziens von der russischen Invasion wird in diesem Herbst und Winter wieder mit einer großen Petroleumknappheit zu rechnen sein. Das Publikum bei Zeiten auf diese Tatsache hinzuweisen, ist eine notwendige Pflicht.

Die Sachlage ist folgende: Für Deutschland kommen drei Petroleum-Importgesellschaften in Betracht: die Deutsche Petroleum-Verkaufs-Gesellschaft, die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft und die „Olex“-Petroleum-Gesellschaft. Diese drei Gesellschaften sind, wie wir wissen, in händiger Einberaumung mit der Regierung bemüht, möglichst große Mengen Petroleum für den Winterbedarf nach Deutschland zu schaffen. Aber das ist mit einer Reihe Schwierigkeiten verknüpft. Denn das Land, das Deutschland in Friedenszeiten hauptsächlich mit Petroleum versorgt hat, nämlich Amerika, kommt während des Krieges für den Bezug überhaupt nicht in Betracht, weil England keine Handelschiffe mit Frachtladungen nach Deutschland fahren läßt. An zweiter Stelle stand bis jetzt Österreich-Ungarn bezw. Galizien, an dritter Stelle Rumänien, das naturgemäß jetzt auch nicht mehr als Importland in Betracht kommt, und an vierter und letzter Stelle stand Rumänien. Von dem deutschen Bedarf von rund 800.000 Tons deckte Amerika erheblich mehr als die Hälfte. Man kann sich also denken, daß, wenn diese Menge ausbleibt, ein Petroleummangel eintreten muß.

Was Galizien betrifft, so steht es nach Mitteilungen aus Fachkreisen noch nicht fest, was dieses Land nach seiner Wiederoberung uns liefern können. Denn wenn auch die in Galizien vorgefundenen Rohölvorräte zirka 500.000 Tons betragen, so darf nicht übersehen werden, daß diese 500.000 Tons Rohöl nur etwa 200.000 Tons raffiniertes Leuchtpetroleum ergeben. Der Bedarf Österreich-Ungarns beträgt ungefähr das Doppelte, also etwa 400.000 Tons. Ob und wie weit es gelingen wird, die Rohölproduktion in Galizien wieder auf die Höhe zu bringen, steht noch nicht fest. Jedenfalls sind zunächst eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, die es erklärlich erscheinen lassen, wenn der Export nach Deutschland nicht so funktioniert, wie es im Interesse der Verbraucher wünschenswert erscheint.

Was Rumänien betrifft, so liegen die Verhältnisse hier fortgesetzt unklar. Auch hier ist der Bezug von Petroleum nur unter Überwindung einer Reihe von großen Schwierigkeiten möglich. Besonders die Transportverhältnisse sind hier sehr schwierig.

Aus all diesen Gründen sind die Verhältnisse auch im kommenden Winter für den Petroleummarkt keine günstigen. Sie werden solange nicht günstiger, solange nicht die Möglichkeit des Seeverkehrs gegeben ist. Rumänien hat gewiß große Mengen Rohöl und auch große Mengen raffiniertes Petroleum lagern an verschiedenen Stellen; aber es fehlt an Schienengleisen und an Zisternen, um dieses Petroleum fortzubringen. Wozu noch

kommt, daß die rumänische Regierung neuerdings auch aus politischen Gründen Schwierigkeiten macht.

Ein weiterer Umstand ist, daß die Reichsregierung von den drei Importgesellschaften verlangt, daß sie in erster Linie den Bedarf der Behörden decken, und zwar für den Bedarf der Eisenbahn, der Militär- und sonstigen Behörden. Dann sind die Konsumenten zu versorgen, die das Petroleum zur Herstellung von Granaten und sonstigem Kriegsmaterial brauchen. Auch die Hausindustrie muß bevorzugt werden, da sie ohne Petroleum vollständig erstarren würde. Erst in letzter Linie kann und darf bei der heutigen Kriegslage das Privatpublikum berücksichtigt werden.

Der Petroleummangel ist also durch ganz bestimmte, aus der Kriegslage sich ergebende Erfordernisse bedingt. Dieser Mangel wird auch nicht behoben durch die Festsetzung von Höchstpreisen. Sie sind notwendig, um der wilden Spekulation einen Riegel vorzuschieben, da sonst dem Petroleumwucher Tür und Tor geöffnet würde. Dieser Meinung sind auch die Petroleumgesellschaften. Bedauerlich ist nur, daß diese Höchstpreise nicht schon vor Monaten festgesetzt wurden. Dadurch wäre viel Geld den deutschen und ausländischen Bucherhänden entzogen worden.

Jedenfalls tut das Publikum gut daran, sich auch für den kommenden Herbst und Winter nicht auf Petroleum zu verlassen, sondern wo es irgend geht, sich mit Gas oder elektrischem Licht zu versorgen. Insbesondere müssen auch die kleineren Gemeinden mehr und mehr darauf bedacht sein, elektrisches Licht einzuführen. Die Sommermonate sollten dazu benutzt werden, die Installationen einzurichten. Uebrigens, wo Genossen in den Gemeindefretungen sitzen, sollte darauf hingewirkt werden, daß Gas oder Elektrizität eingeführt wird, wobei dafür eingetreten werden muß, daß unbemittelten Leuten die Einrichtung der Anschlüsse möglichst unentgeltlich hergestellt oder die Zahlungsbedingungen erleichtert werden. Das ist die wirksamste und rationellste Bekämpfung der Petroleumnot.

Ferienpaßgänge. Die Helfer und Helferinnen zu den Ferienpaßgängen haben sich in einer Anzahl gemeldet, daß dem vorhandenen Bedürfnis dem Anschein nach Genüge geleistet ist. Die Ferienpaßgänge beginnen bekanntlich am Dienstag den 20. Juli, mittags 2 Uhr. Die Helfer usw. werden ersucht, sich kurze Zeit vorher auf den Schulhöfen der „Vleisch“- bezw. Kasselstraße einzufinden.

Die Sommerferien an unseren gesamten Schulen nahmen heute ihren Anfang.

Das Ueberhandnehmen von Feld- und Gartendiebstählen hat das Feldgericht gestern zu dem Beschluß veranlaßt, die Verordnung vom 6. Mai 1892, wonach Felder und Gärten während der nächsten Zeit von fremden Personen nicht betreten werden dürfen, wieder in Wirksamkeit zu setzen. Demgemäß werden von jetzt bis Ende August die sämtlichen Felder von abends 10 Uhr bis 4 Uhr morgens für jeden Verkehr des Publikums geschlossen. Patrouillen, bestehend aus Polizeileuten, sowie Beamten der Stadt durchziehen in der angegebenen Zeit die Felder und bringen unumschlinglich jeden zur Bestrafung, welcher von ihnen dort betroffen wird. Zum Zwecke eines besseren Feldschutzes hat die Stadt ihr Personal vermehrt.

Gasautomaten. Durch den infolge des Krieges eingetretenen Mangel an Gasautomaten und Messern sieht sich die Stadt jetzt gezwungen, die Auslieferung neuer Automatenanlagen einzuschränken oder gänzlich abzulehnen.

Schauspielschiff „Rina Sandoz“ (Residenztheater). Am Sonntag geht Björnsens Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ in Szene, welches liebenswürdige und fröhliche Werk auch am Mittwoch und Freitag wiederholt wird. Am Donnerstag ist die erste Aufführung von „Hens „Klein Enoch“, worin Rina Sandoz die Rina spielt. Die Künstlerin tritt ferner am Dienstag als Hedda Gabler und am Sonntag als Frau vom Meer auf. Für den Montag ist Wiels Lustspiel „Die erste Begegnung“ angesetzt.

auch der Ausdruck „Kamerad“ von Hause aus kein deutsches Wort, so kann man aber mit vollem Recht von einer deutschen oder echt deutschen Kameradschaft reden. Ohne jede Ueberhebung dürfen wir behaupten, daß in keinem anderen Bereich der Welt die Tugenden und Vorzüge, die wir in die Begriffe „Kamerad“ und „Kameradschaft“ hineinlegen, zu einer so herrlichen Entwicklung gelangt sind wie bei uns. Ist etwa eine Kameradschaft möglich zwischen den weißen und den schwarzen Soldaten der Engländer, die uns bekämpfen, oder zwischen den weißen und farbigen Franzosen? Nicht umsonst stellt „Der gute Kamerad“ von Ludwig Uhland das Lieblingslied der deutschen Soldaten vor. Es gibt eine Reihe von Wörtern fremden Ursprungs in unserer Sprache, an die sich selbst der schärfste Sprachreiner nicht heranwagen kann. Unter den „Fremdwörtern“, die wir nicht missen können, stehen die Ausdrücke „Kamerad“ und „Kameradschaft“ nicht an letzter Stelle.

Schmoll der Schaler.

Den Untergang des „Amalfi“ beschreibt ein Feuilletonist der „Neuen Freien Presse“ folgendermaßen: „Und die Rische, Sumner und Seepinnen der Adria haben lange keine so guten Zeiten gehabt wie jetzt. In der südlichen Adria heißen sie fast die ganze Bemannung des „Leon Gambetta“. Die Verwahrer der mittleren Adria fanden Lebensunterhalt an jenen Italienern, die wir von dem Fahrzeug „Turbine“ nicht mehr retten konnten, und in der nördlichen Adria wird den Meeresbewohnern der Tisch immer reichlicher gedeckt. Dem Unterseeboot „Medusa“ und den zwei Torpedobooten hat sich jetzt der Panzerkreuzer „Amalfi“ angeschlossen. Die Musterkollektion der maritimen Ausbeute, die sich bisher auf das „maritime Kleinzeug“ erstreckte, hat einen gewichtigen Zuwachs erhalten, und bitterer denn je muß die Adria sein, deren Grund sich immer mehr und mehr mit den geborstenen Leibern italienischer Schiffe bedeckt und über deren blaue Fluten der Verwesungsbau der gefallenen Befreier vom Karstplateau streicht.“

Schmoll schallert, treibt mit Entsetzen Scherz, damit die Welt an seine Kühnheit glaubt. Ein ekelhaftes Schauspiel.

Die Schnoddrigen und die Pathetischen.

Grüß dem Tapferen! Die Zeitschrift „Der Zwiebelstich“ erzählt folgende hübsche Geschichte: Im Sprachsaal eines süddeutschen Blattes schlägt jemand vor, „unseren Felden Dank

Der Postverkehr der Kriegsgefangenen über die Schweiz. Je länger der Krieg währt, um so härter wird die Schweiz als Vermittlerin des Kriegsgefangenen-Postverkehrs in Anspruch genommen. Die Vermittlungsstelle in Bern beförderte im Monat Juni nach Deutschland 2328 Briefe und 170.840 kleine Pakete, nach Frankreich 2.710.965 Briefe und Karten und 86.575 kleine Pakete. Insgesamt sind seit September 1914 über Bern weiter geleitet 17.562.688 Briefe und Karten und 938.419 kleine Pakete nach Deutschland und 17.522.275 Briefe und Karten und 479.903 kleine Pakete nach Frankreich. Seit September 1914 sind ferner 17.522.275 Briefe und Karten, 5580 ungeschriebene Pakete bis 350 Gramm und 20.882 eingeschriebene Pakete bis 5 Kilogramm in Empfang genommen und umgeschickt, sowie 8163 Postanweisungen im Betrage von 111.354 Franken umgeschrieben und verandt.

Schwindlerin. Kurzzeit treibt sich eine Frauensperson im Alter von zirka 21 Jahren, von schlanker Figur und mit hübschen Gesichtszügen im Lande herum und verübt Schwindelerien. In der Hauptsache begibt sie sich zu den in Ausbilden stehenden tüchtigen Schwestern des Diakonissen-Mutterhauses, von denen sie durch allerlei falsche Angaben Geldbeträge zu erlangen sucht. Meist ist ihr das auch, da sie eine außerordentlich große Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse an den Tag legt, gelungen. Sie gibt sich bald als Frau Lehrer Müller, bald als Frau Lehrer Schmidt aus, welche in Kößlin ihren Wohnsitz hat. Die Polizei warnt vor der Betrügerin.

Bernhard ist am Güterbahnhof in Dohheim, auf dem Lagerplatz der Kohlenverkaufsgesellschaft, der an der Dohheimer Straße wohnende Kohlenhändlermann Damian Gerlach dadurch, daß ihm ein Torballen auf den Kopf fiel. Der praktische Arzt Dr. Hellwig aus Dohheim leistete ihm die erste Hilfe. Die häßliche Sanitätswoche wurde zu seinem Transport ins Krankenhaus herbeigerufen.

Erhängt hat sich der Armierungssoldat Wahlen aus Wiesbaden, welcher beim Armierungsbataillon in Weidenau sein Standortquartier hatte, auf einem Zimmerbalken an der Karstraße. Der Beweggrund wird in dem Umstand gesehen, daß er einen ihm gewährten Urlaub überschritten hatte und dafür seiner Bestrafung gewärtig sein konnte.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl. 16. Juli. (Die Ausgabe der Brotmarke) erfolgte Montag den 19. Juli in der hiesigen Turnhalle, Kaiserstraße, vormittags von 8½ bis 12½ Uhr und nachmittags von 2½ bis 6 Uhr. Ausweisarten sind mitzubringen.

Vom Rhein. 17. Juli. (Das Steigen des Wasserstandes) des Rheines hat bereits wieder sein Ende erreicht. Am Mittwoch wurden z. B. am Finger Berg 2,15 Meter ermittelt und gestern zeigte sich die gleiche Zahl. Auch am Oberrhein ist der Wasserstand wieder zum Sinken gekommen. Immerhin war das Hochwasser, wenn auch kurz, so doch ganz wesentlich. Der Schiffsverkehrsverkehr hält sich auf gewohnten Bahnen. Er ist recht ansehnlich.

Geisenheim. 16. Juli. (Einbruch.) Am Mittwoch war das Gericht zur Disposition und Untersuchung hier wegen des Einbruches in der Dr. Schäferschen Villa. Es stellte sich heraus, daß der Einbruch bereits am 9. Juli stattgefunden hat, denn die Einbrecher hatten auf eine aufgebängte Schieferplatte eine Mitteilung geschrieben, die wortgetreu heißt: „Am 9. Juli hatten wir Besuch. Bitte, nehmt's nicht übel, es ging ja doch kaputt. So hat's sich voll.“ Wie die Untersuchung ergab, scheinen die Einbrecher es weniger auf einen größeren Raubzug abgesehen zu haben, denn abgesehen davon, daß sie sich vollständig neu einkleideten und sich an den vorhandenen Speisen und Getränken gütlich taten, scheint von der wertvollen Einrichtung nichts zu fehlen.

und Anerkennung zu zollen“ dadurch, daß man vor ihnen auf der Straße den Hut zieht und sie grüßt. Er befürwortet weiter, dabei eine besondere Formel zu gebrauchen: „Grüß dem Tapferen!“ zum Beispiel. Eine ausgezeichnete Idee!

Ein Freund von mir begeisterte sich an dem Vorschlag und führte ihn aus. Er trat an einen oberbayerischen Sinen, der das Eiserne Kreuz trug und in jedem Strich einen Bruchteil von einem urdeutschen Krieger darstellte, mit zierlichen Schritten heran, lästete grazios den Hut und sagte freundlich, aber fest: „Grüß dem Tapferen!“

Der Verkehr stockte; der Musketier aber sagte laut und deutlich: „... Son' S?“ (Auf norddeutsch etwa: „Wie meinen Sie, mein Herr?“)

Mein Freund wiederholte freundlich, aber fest den Gruß, worauf der Krieger eine Bewegung machte, an die ihn offenbar der Verkehr mit den Franzosen gewöhnt hatte, und ausrief: „Willst mi ebba valeich derbieda, Aff, damischka, damischka, damischka?“

Ja, der Krieg und die Soldaten sehen anders aus, als pathetische Bordenständigkeit meint!

Geäfte Modenarren.

Vor dem Kriege galt für viele, sehr viele unserer Damen nur die Pariser Mode für „schick“. Wie diese „Pariser“ Mode zustande kam, erfährt man jetzt durch Frau Camille Dubuet, eine Dame, die auf diesem Gebiete als Sachverständige gilt, da sie eine der bekanntesten Pariser Modezeitschriften herausgibt. Frau Dubuet stellt mit Behagen fest, daß von etwa 90 französisch geschriebenen Modeschlitzern etwa 70 nicht aus Paris, sondern aus Berlin, Wien und Frankfurt a. M. stammen. In Frankfurt erschienen: „Chic de Paris“ und „Modèles de Paris“; in Wien: „Mode parisienne“, „Album. Modes, nouvelle du chic parisien“, „Revue parisienne“, „Gar-nal parisien“, „Salon parisienne“, „Grand luxe parisien“, „La Parisienne elegante“, „Toilettes parisienne“, „Tailleur à Paris“ u. a.; in Berlin: „Ideal parisien“, „Jolies modes de Paris“ usw. Diese Modezeitschriften mit dem französischen Text wurden nach Paris geschickt, kamen dort als Pariser Gewächse nach Deutschland zurück und gollten nun der deutschen Damenwelt als „Offenbarungen“ genialer Pariser Schneider und Schneiderinnen. Man glaubte, sich nach den letzten Reizen der Rue de la Paix zu kleiden, und fleißte sich doch eigentlich nach dem Geschmack deutscher Schneiderinnen.

Klaines Geniellon.

Kameradschaft.

Dr. J. Si schreibt der „Rhein-Westf. Ztg.“: In Berlin gab es einst — oder gibt es vielleicht noch heute — eine Vereinigung von Liebhaber-Photographen, die sich den hübschen Namen „Kameradschaft“ beigelegt hat. Dieser Namenwitz ist als ein sehr guter Witz zu bezeichnen — warum soll es nicht auch gute Namenwörter geben? —, weil er in gelungener Weise die Verbindung herstellt zwischen einem für die Mitglieder der Vereinigung unentbehrlichen Gegenstande, der photographischen Kamera, und der treuen Kameradschaft, die alle Genossen der Gesellschaft vereinigen soll. Das Wort „Kameradschaft“ ist keineswegs deutschen Ursprungs. Es stammt von dem mittellateinischen Ausdruck „camera“ ab, aus dem auch unsere „Kammer“, die „camera obscura“ und noch andere Wörter hervorgegangen sind. Das mittellateinische Wort „camerata“ bezeichnete die Stubengenossenschaft, die Weltgenossenschaft; es nahm in der Sprache der Spanier, der „romani-schen Sassen“ die Form camarada an und wurde in dieser Sprache zuerst auf das militärische Gebiet festgelegt. Gleichzeitig aber erhielt es die merkwürdige Umwandlung seiner Bedeutung dahin, daß es zur Bezeichnung der einzelnen Mitglieder der Genossenschaft verwandt wurde. Wir können bei anderen Worten denselben Bedeutungswechsel noch besser beobachten. Das mittellateinische Wort burfa bezeichnet ursprünglich ein Haus; wir erkennen diese Bedeutung noch aus unserem heutigen Wort Bürse (Getreidebürse usw.); auf der andern Seite führen aber unsere Worte „Bursch“ und „Burke“ ihren Ursprung auf dieselbe burfa zurück. Genau dieselbe Entwicklung hat ja auch das Wort „Frauenszimmer“ durchgemacht.

Als „camarade“ in seiner jetzigen militärischen Bedeutung kam das Wort aus dem Spanischen ins Französische, aus dem es in unsere Sprache gelangte. Lessing gab der Schreibung „Kammerade“ im Hinblick auf „Kammer“ den Vorzug; Goethe aber schrieb „Kamerade“ und diese Schreibung wurde allgemein angenommen. Wir bildeten auch ein besonderes Wort „Kameradschaft“, das also genau dasselbe bedeutet wie das mittellateinische Wort camarada, aus dem der Ausdruck „Kamerad“ hervorgegangen ist. Unsere Sprache übertrug das Wort ferner auch auf andere Verhältnisse; so sprechen wir von Reiskameraden, Schulkameraden usw. Ist

Aus den umliegenden Kreisen.

Handeln!

In Darmstadt fand vor einigen Tagen eine Konferenz der Milchhändler und Milchproduzenten mit der Regierung statt, in der nach eingehender Beratung beschlossen wurde, für die Provinzen Rheinhessen und Starkenburg vorläufig keine Erhöhung des Milchpreises eintreten zu lassen. Entgegen den getroffenen Verabredungen haben die Landwirte und Milchhändler in Mainz überraschend beschlossen, die Milchpreise von 26 auf 28 und teilweise auf 30 Pfg. zu erhöhen. Diese Erhöhung ist erfolgt, während noch Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zur Herbeiführung einer gütlichen Einigung schwebten. Die Stadt Mainz beabsichtigt nunmehr, Höchstpreise in Übereinstimmung mit Frankfurt und Wiesbaden in Höhe von 26 Pfg. festzusetzen.

Dieser Vorgang beweist wieder, daß mit Verhandlungen und zentrierten Volksversammlungenreden der Sache des Volkes nicht gedient ist. Die Lebensmittelwucherer handeln und scheren sich den Teufel um „oppositionelle“ Reden. Wie lange wird das denkende Volk sich noch Derartiges bieten lassen?

Gesetzliche Jugendwehrrückpflicht

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Großkapitalisten und Kohlenbarone, schreibt:

In beachtenswerter Weise hat der Magistrat zu Grünberg eine Art Jugendwehrrückpflicht geschaffen, indem er in das Ortsstatut für die Fortbildungsschulen eine Bestimmung aufnahm, durch welche die Lehrlinge der Jugendwehrrückpflicht als Lehrlinge der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen festgestellt und die Teilnahme für die 1899 und früher geborenen Schüler obligatorisch gemacht wurde. Diese ortsherrschaftlichen Bestimmungen fanden die Genehmigung des zuständigen Regierungspräsidenten. Da eine Anzahl Schüler den Lehrlingen der Jugendwehrrückpflicht fernblieben, wurde gegen sie strafrechtlich eingeschritten.

Das Schöffengericht zu Grünberg hat die Rechtsgültigkeit des südlichen Ortsstatuts anerkannt, da der Magistrat als berechtigt erachtet wurde, eine Erweiterung der Unterhaltungsgegenstände, als die Lehrlinge der Jugendwehrrückpflicht mit Turnen und Jugendspielen anzusehen seien, vorzunehmen. Die Frage dürfte bald zur förmlichen Entscheidung gebracht werden, da dann eine allgemeine Regelung in den Ortsstatuten erwartet werden kann.

In Düsseldorf tagte vor einigen Tagen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Kruse eine Versammlung, die sich mit der Zukunft der militärischen Vorbereitung der Jugend beschäftigte. Die „Alln. Stg.“ berichtet darüber: Aus allen Stadt- und Landkreisen des Bezirks waren besonders die Führer der Jugendkompanien sehr zahlreich erschienen. Gymnasialdirektor Dr. Erntropel (Düsseldorf) erörterte in einem ausführlichen Bericht besonders die Frage, ob die Bewegung unter der bisherigen Freiwilligkeit weiter gedeihen könne, oder ob nicht vielmehr der gesetzliche Zwang eingeführt werden müsse. An der Hand der Tatsachen und der bisherigen Entwicklung gelangte der Berichtsteller zur Bejahung der Frage des gesetzlichen Zwanges. In der sehr eingehenden Aussprache schlossen sich alle Redner dem Berichtsteller an. Es wurde folgende Entscheidung angenommen:

Der Bezirksausschuß für Jugendpflege im Regierungsbezirk Düsseldorf und die mit ihm versammelten Führer der Jugendkompanien des Bezirks beschließen einstimmig: Es ist notwendig, während des Krieges die militärische Vorbereitung der Landsturmpflichtigen Jugend vom 17. bis 20. Lebensjahre unter staatlichen Zwang zu stellen. Die Versammlung verkennt die Schwierigkeiten nicht, die der Durchführung entgegenstehen, glaubt aber in voller Übereinstimmung mit dem Vortrage, daß sie überwunden werden müssen und können. Sie bittet das Kgl. Kriegsministerium, den Zwang unter den notwendigen erscheinenden Bedingungen bei grundsätzlicher Freilassung des Sonntags mit möglichster Beschleunigung durchzuführen.

Im Zusammenhang mit dem Vorstehenden sei hier an den Aufruf des Arbeiter-Turnerbundes erinnert, in dem es hieß: In den Jugend- und Sportvereinen der Arbeiterschaft fehlen jetzt in erschreckendem Maße die älteren Männer, die führend und leitend die Bewegung in den richtigen Bahnen halten. Fast alle tätigen Männer hat der Krieg aus ihrem Wirkungskreis gerissen und für Erlaß konnte in der letzten Zeit nicht mehr ausreichend georgt werden. Besonders schwer davon sind unsere Arbeiter-Turnvereine betroffen worden, ihnen fehlen die Turnvater und Vorturner. Der ersichtliche Einfluß, den sonst die alten Genossen auf die Jugend ausübten, ist nicht mehr vorhanden. Die Folge ist eine teilweise Verwilderung, zumal auch die Jugend des Elternhauses durch den Krieg stark beeinträchtigt worden ist. Die wenigen zurückgebliebenen Genossen in den Vereinen stehen einer so schweren Arbeitslast gegenüber, daß sie sich genötigt sehen, die früher in den Vereinen tätig gewesen Genossen um Mithilfe zu bitten. Ganz besonders richten sie diese Bitte an die älteren Genossen, die noch Mitglieder der Vereine sind, seit Kriegsausbruch sich aber ferngehalten haben.

Die Erziehung der proletarischen Jugend ist gerade in dieser ersten Zeit wichtiger als je. Deshalb sollten alle proletarischen Vereine und Organisationen, die laut Satzung berechtigt sind, Jugendgruppen zu bilden, diese wichtige Frage nicht aus dem Auge lassen. Der lebendige Geist proletarischen Denkens muß besonders in den Köpfen der Jugendlichen gepflegt werden, und da sollte die Bitte der Genossen nicht unerhört verhallen.

Singen, 16. Juni. (Feuer.) Im benachbarten Wüdesheim wurde die Scheune des Landwirts Franz Brück durch Feuer eingeäschert. Die Scheune war für sich allein stehend aufgebaut und barg noch kein Getreide von diesem Jahre, sondern nur Stroh von 1914.

Sachrau, 16. Juli. (Diebstahl.) Im benachbarten Diebhausen wurde einem Landwirt, der im Feld steht, von dessen Anecht die Kuh aus dem Stall gestohlen. Der Dieb wurde in Raubheim festgenommen und mit der gestohlenen Kuh nach Rheinböllen gebracht. Da der Anecht sich auch dem Militärdienst entzogen hat, darf er nun einer entsprechenden Strafe entgegensehen.

Genau, 17. Juli. (Milchhöchstpreis.) Der Magistrat hat den Höchstpreis im Kleinhandel für einen Liter gewöhnliche Vollmilch frei Haus des Verbrauchers auf 26 Pfennig festgesetzt.

Darmstadt, 16. Juli. (Kriegsgericht.) Gestern hatte sich das Kriegsgericht u. a. mit der Anklage gegen den aus Königshütte in Schlesien stammenden, jetzt 21 Jahre alten Wehrgenossen Dr. Drabik wegen Diebstahls und Hehlerei zu beschäftigen. Drabik hat bekanntlich gemeinsam mit dem ebenfalls verhafteten Wehrgenossen

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Rudolf Zamlener, Nieder-Mockstadt
gefallen am 2. Mai in Gallien

Wilhelm Kern III., Nieder-Mockstadt
gefallen am 12. Juni in Gallien

Heinrich Druschel, Steinbach i. T.
29 Jahre, gefallen am 16. Mai in Gallien

Gerdinand Horn, Frankfurt-Altknast
Reno-Operateur, 26 Jahre, gefallen am 23. Mai in Frankreich

Karl Bruchschmidt, Homburg (Kreis Diez)
Maurer, gefallen am 24. Mai bei Arras

Valiga in der Nacht zum 22. Mai d. J. den Mord an der Witwe Gräbert in Lampertheim begangen, weshalb sich beide demnächst vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. Drabik war am 4. Mai d. J. als unehelicher Heresopflüchter im Infanterie-Regiment Nr. 115 eingestellt worden, hatte am 16. Mai in der Kaserne dahier den Befehl seines in Niederarmstadt beschäftigten Freundes, des Wehrgenossen Valiga, erhalten und beide waren dann, nachdem sie durch Erbrechen mehrerer Eindrücke sich Waffens, darunter einen Browning, mit Munition versorgt hatten, verschwunden, wobei es Drabik gelang, seinen Zivilanzug, den er noch im Besitz hatte, mitzunehmen. In Niederarmstadt lebte er sich um und die Uniform übergab Valiga, in ein Palet verpackt, unter der Angabe, daß es seine Wäsche sei, einem Wirt zum Aufheben. Stiehlend zog er sich dann durch den Ederwald und die Bergstraße, verhielten in der fröhlichen Nacht den größten Mord und eilten dann ihrer Heimat zu. Da sie in Lampertheim nichts erbeuten konnten, verübten sie dort ebenfalls einen Mord, indem sie den dortigen Grundbesitzer Valiga, einen Mord begangen, der dabei einen falschen Namen angab. Man fand aber in seinem Besitz den in der Kaserne in Darmstadt gestohlenen Palet, mit dem die Tat in Lampertheim ausgeführt worden war. In der Verhandlung suchte Drabik seine unerlaubte Entfernung damit zu entschuldigen, daß er lieber in seiner heimlichen Heimat geblieben wäre. Unter Verhöhnung seiner bisherigen Unbestraftheit, seines verhältnismäßig jugendlichen Alters und der Tatsache, daß er als der Beschützte des Valiga gelten kann, wird er wegen Diebstahls, Hehlerei, Preisgabe von Dienstgegenständen und falscher Namensangabe zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhält er eine Woche Haft und wird in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Er nahm die Strafe an.

Aus Frankfurt a. M.

Gegen den Lebensmittelwucher.

In wiederholten Malen schon haben die Frankfurter Arbeiter in Versammlungen gegen das furchtbare System protestiert, den breiten Schichten der Bevölkerung die Lebensmittel durch Wucherpreise noch mehr zu entziehen, als sie ihnen schon durch die Knappheit entzogen werden, und zwar in einer Weise, daß das Wort „Durchhalten“ für viele fast Durchhungern bedeutet. Die Proteste, die natürlich nicht allein von Frankfurt gekommen sind, haben bisher keinen genügenden Widerhall bei den maßgebenden Stellen gefunden. Kaum vergeht ein Tag, an dem nicht eine neue Lebensmittelverwässerung angekündigt und in rückwärtsloser Weise durchgeführt wird. Im Volke ist man sich darüber klar, daß Englands Ausbeutungssystem in seinen Wirkungen lange nicht so am Werke des Volkes zehrt, als es die Lebensmittelwucherer im eigenen Lande tun. — Wenn draußen an der Front ein armer Teufel dabei ertrinkt, wie er Gefallenen die geringsten Verbeträge abnimmt, verhält er sich mit Recht der härtesten Strafe. Wenn aber hinter der Front Millionen dadurch bestohlen werden, daß ihnen die Lebenskraft entzogen wird, daß ganze Generationen der Unterernährung verfallen, dann kann so ein abgefeimter Mensch es unter Umständen noch zu Ehren und Mitteln bringen.

Die ganze Unzulänglichkeit der Regierungsmassnahmen zeigt sich hier in erschreckender Weise. Noch einmal verfluchten gestern die beiden großen Vertretungen der Frankfurter Arbeiterschaft, das Gewerkschaftsrat und der Sozialdemokratische Verein, das öffentliche Gewissen aufzurütteln und denen, die es angeht, zu zeigen, daß es so nicht weiter gehen kann. Die Versammlung im Zoologischen Garten war buchstäblich überfüllt.

Als Redner des Abends war Reichstagsabgeordneter Genosse Legien (Berlin) erschienen. Zur Charakterisierung des Lebensmittelwuchers und der vom Parteivorstand und der Generalkommission vorgeschlagenen Hilfsmassnahmen führte er aus:

Der Erfolg des Generalkommandos in München gegen die Lebensmittelwucherer kennzeichnet mit erschreckender Deutlichkeit die Situation. Es besteht Aussicht, daß auch im Bereich des 18. Armeekorps ein solcher Erfolg kommt. Es ist die höchste Zeit! Nicht Manas, sondern Spekulation ist die treibende Kraft. Seitens des Parteivorstandes und der Generalkommission ist schon seit August d. J. alles getan worden, um die größten Schäden abzuwehren. Am 13. August ist ein umfangreiches Programm aufgestellt und der Regierung eingebracht worden. Ähnlich ist in auch ein Teil des Programms durchgeführt und manches dadurch verbätet worden. Ein Teil unserer Freunde ist mit unseren bisherigen Massnahmen nicht einverstanden. Was hätten wir tun sollen? Eine Politik der Strafe konnten wir nicht treiben; denn es kann uns nicht gleichgültig sein, wie wir bei diesem Krieg abhandeln. Daraus ergaben sich unsere Massnahmen. Wir kann niemand den Vorwurf des Chauvinismus machen; aber gerade als internationaler Sekretär kann ich sagen: Wir haben uns eine Arbeiterkultur geschaffen, wie kein anderes Land. Verliert Deutschland, verliert die Arbeiterschaft am meisten; vierzig Jahre Arbeiterkultur, die internationale Arbeiterbewegung, alles würde zugrunde gehen. Was wir vorher waren, werden wir in Zukunft sein: die Träger der internationalen Arbeiterbewegung. Wir haben uns keinen Vorwurf zu machen; wir haben gehandelt, wie wir handeln mußten.

Unsere radikalen Kameraden haben im November bereits ein Flugblatt verbreitet, in dem gesagt wurde, in fünf Wochen sind die Lebensmittel zu Ende. Das war ein Verbrechen an der Arbeiterschaft; jeder mußte wissen, daß es so nicht kommen konnte.

Wir haben am 4. August erklärt: In der Stunde der Gefahr

lassen wir unser Vaterland nicht im Stich. Die Gefahr ist heute noch nicht überstanden. Unsere Versuche, mit den sozialistischen Bruderorganisationen in den kriegsführenden Staaten in Fühlung zu kommen, scheitern an dem Widerspruch der dortigen Sozialisten. „Erlaubt Deutschland nicht, daß die Arbeiterklasse die Arbeiterklasse herauszuholen. Wenn erst einmal der Verdacht verbreitet werden wird, was wir getan haben, wird mancher schmeichelnde Artikel und die Meinung allgemein sein, daß wir nicht mehr tun konnten. Legen wir einige Stichproben aus dem umfangreichen Material, das mit der Regierung gewechselt worden ist und meinte, daß in der Theorie alles schön aussieht, als in der Praxis. Es müßte zum Beispiel viel Getreide im Ausland gekauft werden, allerdings zu viel, viel höheren Preisen, als die Höchstpreise im Inland waren.

Unserem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß das K.-Brot allgemein eingeführt worden ist. Anfangs sollte es nur für das Volk sein (weiter). Oft haben wir im Reichsamt des Innern beweisen können, daß die Regierung ohne sozialistische Massnahmen gar nicht auskommen kann. Den Einfluß, den wir jetzt gewonnen haben, sollten wir versuchen, auch für später festzuhalten. Gelingt es um die Einheit der Arbeiter zu sichern, dann werden wir uns manchem Vorn frei halten. Wir dürfen die Arbeiterklasse gerade an dieser Entwicklung nicht hindern, sonst nehmen wir uns die Möglichkeit, nach dem Kriege unsere ganze Kraft für das Volk zu verwenden. Unsere größte Arbeit beginnt erst nach dem Friedensschluß. Die Wirtschaftlichkeit wird dann mit voller Macht kommen; dann wird unsere Kraft nötig sein im Interesse der arbeitenden Klassen. (Beifall)

Die Kollage der Bevölkerung — darüber sind wir uns einig — ist zum großen Teil Schuld der Spekulation. Wenn Millionen Doppelgänger Getreide haben wie übrig. Genau so liegt's bei den Kartoffeln, während man im Anfang meinte, es würde kaum ausreichen. Wir sehen hier wieder die unzulässige Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Eingehend schilderte Legien die einzelnen Verteilungen, die im Durchschnitt wohl 50 bis 60 Prozent in tragen dürften. Das bedeutet Unterernährung für große Schichten der Bevölkerung. Hier gelte es, den stärksten Druck einzulegen, um der Spekulation Einhalt zu gebieten. (Beifall)

Vorsitzender Genosse Möller gab anschließend folgende Resolution bekannt:

Die Lebensmittelverwässerung hat einen Umfang angenommen, der es einem großen Teil der Bevölkerung beinahe unmöglich macht, sich die zur ausreichenden Ernährung notwendigen Nahrungsmittel zu beschaffen.

Die Massnahmen der Regierung haben aber ergeben, daß die wichtigsten Nahrungsmittel, wie Getreide und Kartoffeln, in solcher Menge vorhanden sind, daß sie für die Volksernährung bis über die neue Ernte hinaus ausreichen.

Aus dieser Tatsache kann der Schluss gezogen werden, daß die vorhandene ungeheure Preissteigerung nur einer unvernünftigen, ausschweifenden Spekulation gewisser sozialer Produzenten und Händler zuzuschreiben ist, die sich nicht scheuen, in einer Zeit, wo hunderttausend Ernährer von Familien zum Schutze des heimischen Bodens in der heimischen Volkswirtschaft ihr Leben auf Spiel setzen, diese Familien das tägliche Brot zu verteuern und zu schmälern.

Die heutige Versammlung hält es deshalb für die erste Pflicht der Regierung, schnellste Massnahmen zu treffen, die diesen, auf Kosten des Volkes vorgenommenen Preistreibern ein Ende machen und damit ein ausreichende Ernährung des Volkes sichern.

Die Bevölkerung, die sich einmütig zum Schutze der Heimat in Krieg und Leid gestellt hat, würde es nicht verstehen, wenn die Regierung den gewissenlosen Vertretern der notwendigen Lebensmittel noch weiter die bisherige Rücksicht gewähren würde. Das Volk verlangt, daß nunmehr jede Rücksicht auf diese Vertreter fallen lassen und mit den stärksten Mitteln gegen jede unbedachte Preissteigerung eingeschritten wird.

Insbesondere hält es die Versammlung für eine der ersten Pflichten der Regierung, bei Festsetzung der Höchstpreise für die neue Ernte zu den normalen Preisen zurückzukehren, die vor Ausbruch des Krieges maßgebend waren. Ein weiteres Zulassen der heutigen unheimlichen Preissteigerungen für die notwendigen Nahrungsmittel erscheint nach keiner Seite hin gerechtfertigt.

Die Versammlung erwartet weiter, daß die Reichsregierung die Vorschläge der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften noch mehr berücksichtigt, da die Vorschläge die Gewähr bieten, daß bei ihrer Durchführung die Interessen der breiten Masse des Volkes wirksam gewahrt werden.

In der Diskussion bemerkte Genosse Liebmann, der Geschäftsführer des Frankfurter Arbeiterbundes, daß der Preis des Getreides in keiner Weise mehr erhöht werden dürfe, sondern an den normalen Stand zurückgebracht werden muß. Im Gegenzug zu Legien sei er der Ansicht, daß wir nicht genügend Kartoffeln haben. Tatsächlich haben wir zurzeit eine hochgelegerte Kartoffelnot. (Sehr richtig und lebhafter Beifall.) Unverkörpert wird das Volk geschädigt. Um nur ein Beispiel zu nennen, wolle er darauf hinweisen, daß nach Kartoffeln zum Preise von 11 Mark der Doppelhundert eingekauft werden konnten. Jetzt kosten sie schon wieder 17 Mark und in einige Tagen — damit sei sicher zu rechnen — würden sie den Höchstpreis von 20 Mark erreicht haben. (Hörst! Hörst!) Es ist die höchste Zeit, daß diese Höchstpreise herabgesetzt werden, denn sie stehen in keinem Verhältnis zu den in Friedenszeiten für neue Kartoffeln gezahlten Preisen. Das gleiche gilt vom Zucker. Jetzt gibt's keinen Zucker mehr, weil der Höchstpreis noch nicht erreicht ist. Im August wird gem. Zucker da sein. Und so geht's mit dem Fleisch. Notwendig wird die Einführung von Fleischkarten sein. (Lebhafter Beifall.) In der Maßnahme sei das Einschreiten des Magistrats zu begrüßen; bleibt aber noch übrig, den Höchstpreis für die Produzenten festzusetzen; wir bekommen sonst eine Knappheit an Milch. Wollte die Produzenten sich nicht freiwillig fügen, dann soll man Gewalt anwenden. (Lebhafter Beifall.)

Von einem Redner aus Offenbach wurden die bisherigen Massnahmen der Gewerkschaften und der Partei als unbefriedigend gekennzeichnet. Es müssen schärfere Massnahmen getroffen werden, wir haben beinahe eine Hungersnot. Dagegen wurde von anderer Seite betont, daß wir in vielen Dingen direkt vom Ausland abhängen. Setze man Höchstpreise für Milch fest, dann entsteht Gefahr, daß nicht genügend Milch produziert wird.

Genosse Wittich verwahrt sich gegen den Vorwurf, die Frankfurter Partei habe nicht genügend getan, um die Not zu mildern. Im Rathaus habe man in allen Kommissionen gewirkt. Im gleichen Sinne hat auch das Komitee gearbeitet. Die Öffentlichkeit wisse, daß wir nicht alles tun, um in den Unterstützungsprogrammen für unsere Frauen das Höchstmögliche herauszuschlagen. Das gleich bewiesen unsere Vertreter in der Kriegsfürsorge. Wo wir nur Einfluß haben, arbeiten wir ununterbrochen für das Wohl der Kriegsfamilien.

In ähnlichem Sinne äußert sich Genosse Möller. Wenn es so weiter geht mit den Preissteigerungen, dann müssen wir Lohnforderungen kommen, dann müssen wir die Unterstützungsfrauen noch gewaltig erhöhen. Wir wollen der Regierung zeigen, wofür der Weg führt. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen und dann die imposante Versammlung geschlossen.

Nun haben die hiesigen Behörden und die Reichsregierung das Wort. Sie mögen sorgen, daß dieser Massenprotest nicht wieder wirkungslos verhallt!

Vereine und Versammlungen.

Diebich, A. G. „Vorwärts“. Sonntagabend 6 Uhr gem. Zusammenkunft im „Kaiser Adolf“.